

Kreistagssitzung 9. März 2006

Stellungnahme der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Oberberg zum Haushaltsplan

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

als am 8. Dezember der Landrat den 683 Seiten umfassenden Haushaltsplanentwurf im Kreistag vorstellte, habe ich für unsere Fraktion vorgeschlagen, den Plan doch gleich zu verabschieden.

Der Vorschlag – obwohl durchaus mit ernstem Hintergrund – wurde verständlicherweise nicht aufgegriffen; es sollte alles den üblichen Gang gehen. Aber was ist in diesem Kreistag schon üblich? Üblich ist, dass Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf nur von den GRÜNEN eingebracht werden. Es gibt Fraktionen, die haben noch nie einen eigenen Antrag zum Kreishaushalt gestellt und empfinden an diesem Vorgehen auch nichts Kritikwürdiges.

Ein Kreistag, der sich in seiner Mehrheit so verhält, entmachtet sich selbst und nährt den Vorwurf in der Öffentlichkeit, der Kreistag sei völlig überflüssig und die Kosten hierfür (über eine halbe Mio. € pro Jahr) könne man sich eigentlich sparen. Um dies direkt klarzustellen: Die Verantwortung hierfür tragen diejenigen, die seit Jahren jegliche Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung ablehnen und nicht diejenigen, die auf vorhandene Missstände hinweisen.

Für unsere Fraktion war auch schon im Dezember klar, wie die sog. Haushaltsberatungen ablaufen würden: Es wird einige Veränderungsnachweise der Verwaltung geben, die durch gewunken werden. Inhaltliche Debatten über sinnvolle Schwerpunktsetzungen sowie weitere Konsolidierungsmaßnahmen werden jedoch nicht stattfinden. Genauso ist es eingetreten. Man macht es sich in der Haushaltssicherung bequem. Ein kleiner Hoffnungsschimmer kam noch einmal um die Jahreswende auf, als die SPD auf einer Pressekonferenz Großes ankündigte: „Von jetzt ab sind wir Opposition, die Schonfrist für den Landrat ist abgelaufen.“ Offensichtlich hatte die SPD noch mal nachgerechnet und herausgefunden, dass sie keine Mehrheit im Kreistag besitzt und andererseits wohl erfahren, dass die Oppositionsrolle in einer funktionierenden Demokratie von herausragender Bedeutung ist. Wir konnten also einiges erwarten. Doch das, was kam, war dürftig: kein einziger SPD-Antrag zum Kreishaushalt. Lediglich die – berechnete – Kritik an der schlechten Informationspolitik des Landrates und an seinem Rollenverständnis. Aus unserer Sicht zeigt sich eine gute Oppositionsarbeit nicht darin, dass man möglichst häufig und laut „Skandal“ ruft, sondern darin, dass man eigene Alternativvorschläge entwickelt, auch wenn man Gefahr läuft, dass diese von der Mehrheit arrogant abgebürstet werden. Der lange Atem ist hier gefragt. Kritikwürdig ist aus unserer Sicht an diesem Haushaltsplanentwurf vieles. An einigen Beispielen möchte ich dies erläutern:

Nach über einem Jahr sollte man von dem neuem Landrat erwarten, dass er sich eingearbeitet hat und endlich wichtige Reformschritte hinsichtlich der Verwaltungsmodernisierung einleitet. Doch hiervon ist nichts zu spüren. Bis heute haben Sie, Herr Jobi, dem Kreistag kein Konzept für eine umfassende Verwaltungsstrukturreform vorgelegt. Unsere Erwartungen hinsichtlich der

Bereitschaft zur Verwaltungsmodernisierung waren ohnehin nicht sehr hoch, doch was wir bisher von Ihrer Seite zur Kenntnis nehmen konnten, ist so gut wie nichts. Statt zunächst ein Konzept für die grundsätzliche Neureglung der Aufbauorganisation der Verwaltung vorzulegen, wurden durch Dezernatsbesetzungen Fakten geschaffen, die einen Umstrukturierungsprozess erschweren.

Der Kreistagsbeschluss vom 27.3.2003 zum Personalentwicklungskonzept wurde von unserer Fraktion als einzige Fraktion nicht mitgetragen, auch wenn dies manche heute nicht mehr wahr haben wollen. Hinsichtlich der angestrebten Personalkostenreduzierung – diese wollten wir auch -, fühlen wir uns im Nachhinein in unserer Skepsis bestätigt. Als einzige Fraktion haben wir das planlose Streichen von Stellen in der Vergangenheit nicht mitgetragen. Es sollte nicht darum gehen, möglichst viele Stellen abzubauen, sondern das Ziel sollte sein, die Personalkosten wirksam zu begrenzen.

Statt Konzepte zur Kostenreduzierung zu entwickeln, wurde einerseits auf Stellenabbau gesetzt und andererseits wurden durch voreilige Dezernatsbesetzungen Fakten geschaffen und überholte Verwaltungsstrukturen verfestigt. Stellen wurden nur im „Unterbau“ abgebaut, die Verwaltungsspitze wurde jedoch von Personaleinsparungen grundsätzlich ausgenommen.

Die Kritik des Personalrates am Stellenplan, die leider nur in nichtöffentlicher Personalausschusssitzung vorgetragen wurde, wird von uns uneingeschränkt geteilt. Bezeichnenderweise gaben Sie, Herr Landrat, zu der Stellungnahme des Personalrates keine Erklärung ab. Souveränes Verhalten sieht anders aus.

Hinsichtlich der Senkung der Bewirtschaftungskosten sind wir heute keinen Schritt weiter als vor einem Jahr. Die Situation wird in unverantwortlicher Weise schöngeredet. Seit Jahren fordern wir vergeblich, die Nutzer öffentlicher Einrichtungen durch spezielle Anreizsysteme (wie fifty-fifty) stärker in die Verantwortung einzubeziehen. Doch die Kreisverwaltung bewegt sich nicht.

Besonders kritikwürdig ist angesichts der dramatischen Haushaltsslage auch der Umgang des Kreises mit seinem eigenen Vermögen. Seit Jahren fordern wir, dass das gesamte Vermögen auf den Prüfstand gehört. Dazu gehören Kreisimmobilien genauso wie der Kreiswald oder die RWE-Aktien. Die RWE-Aktien sind uns seit Jahren ein Dorn im Auge. Für ihren Besitz gibt es kein vernünftiges Rechtfertigungsargument,

Der Besitz von RWE-Aktien garantiert in keiner Weise einen Einfluss der öffentlichen Hand auf die Geschäftspolitik des RWE-Konzerns, wie dies frühere Papiere der Kreisverwaltung suggerieren. Die Aktien sichern lediglich einen hochdotierten Beiratsposten für den Landrat (über 7000 € jährlich fürs Nichtstun), in einem Beirat, der seitens der RWE AG allein zur politischen Landschaftspflege geschaffen wurde. Es wurde höchste Zeit, dass jetzt endlich Bereitschaft signalisiert wurde, sich von den Aktien zu trennen und den Erlös für die Erweiterung des Berufskollegs in Wipperfürth zu verwenden. Doch jedem ist klar, dass der Verkaufserlös für die Gesamtfinanzierung nicht reichen wird. Der große Rest soll nach dem Willen der Kreisverwaltung wieder einmal über Kredite finanziert werden.

Dies werden wir nicht akzeptieren. Aus unserer Sicht sollten diejenigen Sach- und Vermögenswerte verkauft werden, die nicht zur Aufrechterhaltung der Aufgaben des Kreises gehören. Hierzu gehört auch der Besitz von ca. 1000 ha Wald. Erstaunlich ist, welche Wellen in diesem Jahr unsere nicht ganz neue Forderung, Teile des

Kreiswaldes zu verkaufen, geschlagen haben. Die künstliche Aufgeregtheit der SPD ist nur zu verstehen, wenn man weiß, wie händeringend sie angesichts eigener Hilflosigkeit nach Profilierungsmöglichkeiten sucht. Da werden dann schon mal starke Vokabeln verwendet. Die Grünen wollen angeblich den Wald „verramschen“. Der Kreiswald bringe doch einen „Ertrag“ und solle beim Kreis verbleiben. Nicht erwähnt wird in der SPD-Pressemitteilung, dass der klägliche Ertrag (28.000 € im HH-Plan 2005) in keinem vernünftigen Verhältnis steht zu dem Ertrag, der durch Veräußerung des Waldes erzielt werden könnte. Ein geschätzter Verkaufspreis wurde von der Kreisverwaltung in der Vergangenheit bewusst zu niedrig angesetzt, damit die Politik gar nicht erst auf „dumme Gedanken“ kommt.

Doch würde man die niedrigen, von der Verwaltung geschätzten Erlöse aus dem Waldverkauf (7,5 Mio €) für eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu Grunde legen, so ergibt sich ein eindeutiger betriebswirtschaftlicher Nutzen:

Ein langfristiger Kredit über 7 Mio € würde heute mindestens 350.000,- €/a kosten. Dem stehen maximal 28.000,- €/a an Reinerlösen gegenüber. In der vorletzten Sitzung des Umweltausschusses schien sich bei der Kreistagsmehrheit ein Sinneswandel anzudeuten. Sowohl von Seiten der CDU als auch von der FDP wurde der Waldbesitz in Frage gestellt. Jetzt haben Sie wieder Angst vor der eigenen Courage bekommen.

Aus dem Erlös des Verkaufes von Teilen des Kreiswaldes sollten aus unserer Sicht folgende Projekte finanziert werden:

1. Erweiterung des Berufskollegs Wipperfürth
2. Gründung eines Energiedienstleistungszentrums Oberberg, das u.a. dazu beitragen könnte, die vorhandenen Energieeinsparpotentiale bei öffentlichen Gebäuden zu realisieren.
3. Gründung einer Bürgerstiftung zur Förderung von sozialen Projekten

Besonders kritikwürdig ist aus unserer Sicht erneut die Nichtberücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs im Haushaltsplan. Zwar gibt es noch die Haushaltsposition „Umsetzung des Nahverkehrsplans“ im Planentwurf, doch umgesetzt wird seit Jahren nichts mehr. Die mit hohen Kosten verbundene Erstellung des Nahverkehrsplans hätten wir uns getrost sparen können. Die ehrlichere Lösung wäre es, zukünftig ganz auf diese Haushaltsposition zu verzichten. In diesem Klima verkehrspolitischer Ignoranz darf man sich dann nicht wundern, wenn einige Geisterfahrer aus der IHK und aus dem Kreise der Bürgermeister dem gesamten ÖPNV, insbesondere dem schienenengebundenen, den Kampf ansagen. Mittlerweile gilt der gesamte Oberbergische Kreis bundesweit als verkehrspolitisches Neandertal. In einem lesenswerten Artikel berichtet „Die Zeit“ unter der Überschrift „Die Bahn soll weg“ in ihrer Ausgabe vom 23.2.06 über den Irrsinn, der sich zur Zeit in Oberberg abspielt. Allen Ernstens versucht eine Allianz der Ewiggestrigen der Wiehltalbahn den Garaus zu machen. Dabei könnten auf dieser Strecke schon längst wieder regelmäßig Personen und Güter befördert werden, wenn die Kreistagsmehrheit den Vorschlägen des VRS gefolgt wäre. Die Zeit bemüht in ihrem Artikel zur Erklärung der Vorgänge in Oberberg den „Bergischen Landboten“ der in seiner Büttenrede festgestellt hatte, „man muss das Bergische Land nicht verstehen, man muss es aushalten“. Dem ist aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen.

Wenn schon bei großen Positionen keine Möglichkeiten zur Haushaltssanierung gesehen werden, so will man sich mit Kleinigkeiten gar nicht erst aufhalten. Unsere Änderungsanträge zu vier Haushaltsstellen im Einzelplan 0 wurden allesamt abgelehnt. Zukünftig sollen also die Jugendorganisationen der politischen Parteien weiter durch den Kreis gesponsert werden. Der Schlüssel für die Verteilung der Gelder soll sich weiterhin an der Zahl der Sitze der Parteien im Kreistag orientieren – ein schlechter Scherz! Auch die Verfügungsmittel des Landrats sind tabu. Ohnehin seien diese knapp bemessen. Als Beleg für diese Aussage wurde im Finanzausschuss der „Skandal“ angeführt, der sich vor kurzem auf Schloss Homburg zugetragen haben soll. Beim Empfang der Karnevalisten seien nicht einmal für alle Anwesenden Kreisorden zur Verfügung gewesen. Man habe sich angesichts der Finanzmisere auf die Verleihung von lächerlichen 200 Orden beschränken müssen. Unsere Fraktion kann mit diesem „Skandal“ auf der Karnevalshochburg Schloss Homburg gut leben. Solange im Kreistag auf diesem Niveau gejammert wird, muss es uns wirklich gut gehen.

Erstaunliches erfuhren wir in den letzten Tagen durch die Nordkreispresse, die bekanntlich der CDU sehr nahe steht. Die hohen Kosten der Heimunterbringung von Jugendlichen sollen zum Anlass genommen werden, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die Lösungsvorschläge zur Senkung der Kosten erarbeiten soll. Wir können sie hierzu nur sehr ermuntern. Vielleicht setzt sich dann auch bei Ihnen die Erkenntnis durch, die im Sozialbereich genauso wie im Umweltbereich ihre Gültigkeit besitzt. Vorsorge ist auch ökonomisch den kaum noch bezahlbaren Nachsorgeprogrammen eindeutig vorzuziehen. Wenn Sie bereit sind, im Vorsorgebereich bei Bedarf auch neue Stellen einzurichten, dann werden wir Sie gerne hierbei unterstützen.

Zur Unterstützung des jetzigen Haushaltsplans, der weder den ökonomischen noch sozialen wie ökologischen Herausforderungen angemessen Rechnung trägt, sehen wir jedoch keinen Anlass.

Helmut Schäfer